



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnummer 285. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 23.

Charlottenburg, den 6. Juni 1902.

29. Jahrg.

Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Berlin (Mantl, Bergmannstr. 110), Eisenberg (Buntmalerei, Firma Kaller Porzellanfabrik), Sangelar (Bonner Verblendstein- und Tonwaarenfabrik), Mannheim-Räfertal (Rheinische Porzellanfabrik M. Sterner), Marktlenzen (Porzellanfabrik R. Drechsel), Selb (Heinrich u. Hertel), Stadtlengsfeld (Firma Schweizer), Zillwitz (gräf. Frankenberg'sche Fabrik), Uedendorf in Westfalen (Firma Gressel u. Co.).
Der Vorstand.

Nach der Generalversammlung.

Das „Parlament“ der organisierten Porzellan- u. Arbeiter beiderlei Geschlechts hat wieder einmal getagt und es ist begrifflich, daß nunmehr so manches Wort über den Verlauf, über die auf der Generalversammlung gefaßten Beschlüsse gesprochen wird.

Von denen, die durch das Vertrauen ihrer Genossen und Genossinnen dazu erwählt waren, der Generalversammlung beizuwohnen und ihr Wort und ihre Stimme bei der Gestaltung der Beschlüsse in die Waagschale zu legen, wird wohl mancher bei der Berichterstattung über seine Stellungnahme Kritik in den Kauf zu nehmen haben. — Wir wünschen, daß diese wenige Delegierte sind und hoffen, daß es diesen schließlich doch gelingen wird, die Mitglieder, welche verneinen, daß der und jener Beschluß anders hätte ausfallen können, von der Nothwendigkeit zu überzeugen, daß nach Lage der Sache in der vorliegenden Gestalt die Beschlüsse richtige sind.

Vor der Generalversammlung haben wir vermieden, in ausgesprochener Weise Stellung zu dem und jenem Antrage zu nehmen.

Es beeinflusste uns noch das Obium, daß die vorhergehende außerordentliche Generalversammlung durch die Affaire Bey, sowohl auf den Vorstand, als auch auf die Redaktion ausübte. Wie soll man auch unter dem Bewußtsein, daß alles, was man glaubt, im Interesse der Organisation zu thun, doch von grundsätzlichen Gegnern negiert, ja zu mehr als nur gewöhnlichen Kritiken benutzt wird, wirksam öffentlich auf die Verbandsmitglieder einwirken?

Endlich einmal aber glauben wir so weit zu sein, wenigstens läßt uns der Verlauf der Generalversammlung zu dieser Annahme gelangen, daß nun es mit dem oben angedeuteten Obium sein Ende hat.

Geben wir uns auch nicht der Hoffnung hin, daß nun alles wie am Schnürchen geht, im Organ ganz und gar auf jede unliebsamen öffentlichen, die Organisation diskreditirende Kritik verzichtet wird, besser wird es nun auf alle Fälle werden.

Uns dünkt, es ist diesmal aufgeräumt worden mit dem was trennend und schädigend zwischen den Mitgliedern und ihrer Leitung stand, und wenn man auch wirklich ab und zu trotzdem mit der Verbandsleitung glaubt hadern zu können, der Leiter des Verbandsorgans wird aus den ruhigen und sachlichen Verhandlungen der verflochtenen Generalversammlung seine Schlüsse ziehen und genau darauf achten, daß für die nächsten 3 Jahre nicht Mißbrauch mit der öffentlichen Aussprache getrieben wird, wie es der Fall leider war.

Wer den beiden Generalversammlungen beigewohnt hat und nun auch der diesjährigen, der mußte thalpächtig durch die ruhigen und sachlichen Verhandlungen zu der Ueberzeugung kommen, zu der wir gekommen sind und in Vorstehendem Ausdruck gaben.

In der Bibel liest man ja, daß die Jünger des Nazareners zu Pfingsten mit besonderer Begeisterung erfüllt waren, die sie befähigte, dem Volke in allen Zungen das neue Evangelium zu erläutern. Möge es den Vertretern der organisierten Porzellanarbeiterschaft, die zu Pfingsten für die Organisation in fleißiger Arbeit einige neue Satzungen aufstellten, auch gelingen, bei allen unseren Mitgliedern Verständniß zu finden.

Wir gestatten uns nun nach der Generalversammlung auf einige der wichtigsten Beschlüsse in Kürze einzugehen und folgen unseren in den Nummern 21 und 22 der „A.“ gegebenen Berichten.

(Nachzutragen ist hieran, daß sämtliche gefaßten Beschlüsse am 1. Juli d. J. in Kraft treten, ebenso haben wir übersehen, zu berichten, daß als Delegierte zum Gewerkschaftskongress in Stuttgart die Gen. Wollmann, Hoffmann-Ilmenau und Wächter-Hüttensteinach gewählt wurden.)

Jene Beschlüsse, die der Verbandskasse

und dem Beihilfefond etwas mehr Munition zuführen sollen, sind unstrittig die wichtigsten. Wenn auch nicht nur lediglich mehr Munition zuzuführen, so aber bezwecken doch die Beschlüsse unter allen Umständen eine mehr gerechtere Vertheilung der Rechte und Pflichten der Mitglieder.

Von jeher schon war bei den Porzellanarbeitern das Bestreben vorhanden, für die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit der Mitglieder in möglichst weitgehender Weise zu sorgen. Das ist sicher ein lobenswerthes Bestreben; man darf dabei allerdings die oft unverschämte Ausnützung der Kasse durch solche Mitglieder, die nach empfangener Unterstützung dem Verbands den Rücken lehrten, nicht in Betracht ziehen. Es wurde schließlich der Ausbau des Unterstützungswesens in der 1899er Generalversammlung derartig forciert, daß die Porzellanarbeiter noch über die Buchdrucker mit ihren Unterstützungsfällen hinausgingen. Das wäre ja alles ganz schön, wenn nur die Beitragsleistungen auch im Verhältniß zu den Beneficiären gestanden hätten. Der verstorbene Verbandskassierer Bey, der auf eben dieser 1899er Generalversammlung sich mit der Erweiterung der Unterstützungseinrichtung einverstanden erklärte, genoß als gewiegener Kassenmensch einen solchen Ruf, daß die Bedenken, die bei der geplanten Mehrleistung für eine Beitragserhöhung von 5 Pf. pro Woche, laut wurden, verstummen mußten, wir selbst bezeichneten die jenesmaligen Beschlüsse in Nr. 23 vom Jahre 1899 als für die Organisation erprobliche.

Die Erfahrungen, die aber dann in Bezug auf die einschneidenden Beschlüsse von 1899 gemacht wurden, sie sind unseres Erachtens in den Darlegungen sowohl im Allgemeinen auf der jetzigen Generalversammlung, wie im Besonderen in dem in voriger Nummer veröffentlichten Berichte des Verbandskassierers Herden enthalten. Daß auf unterstützungstechnischem Gebiete der Porzellanarbeiterverband solche hohe Leistungen aufweist, dabei aber seinen doch auch für andere Zwecke bestimmten Kassenfond, durch in keinem Verhältniß stehende Beitragsleistung zusammenschumpfen lasse, muß jeden von der Nothwendigkeit auch einer Kampforganisation überzeugten Genossen bestimmen, die jetzt gefaßten Beschlüsse gut zu heißen.

Wohl ist es ein Stück „Zwangsvorsicherung“, wenn nun ab 1. Juli die Beiträge nach

der Höhe des Durchschnittsverdienstes (3/4 des-
selben) ein jedes Mitglied den entsprechenden
Beitrag zu leisten hat, doch wer aus Prinzip
und durchdrungen von der Nothwendigkeit der
Organisation für die Habung der Berufsver-
hältnisse dabei ist, und nicht nur aus dem
großen Topf schlucken will, um dann wieder
auszukneifen, muß und wird sich dieses geringe
Opfer auferlegen.

Eine größere Bedeutung gewinnt damit der
Beschluss, wonach die Zahlstellenverwaltungen
am Schluß jeden Kalenderjahres den Jahres-
verdienst der Mitglieder festzustellen haben,
bzw. den angenommenen Antrag Wehwasser,
permanente Lohnstatistik zu pflegen.

Die Scala, nach welcher bei 1, 2, 3, 4,
5 jähriger Mitgliedschaft je bis zu 6, 8, 10,
12, 14 Wochen Unterstützung gewährt wird,
dürfte vielleicht das leichtfertige Ausschneiden so
manchen Mitgliedes in etwas steuern.

Das Organ ist 1899 wohl doppelt so
groß gestaltet worden, der Beitrag pro Quartal
(25 Pf.) aber derselbe geblieben. Die Dele-
gирten dieser Versammlung haben fast ohne
Ausnahme anerkannt, daß mit Bezug auf
andere Zeitungen, gerade bei dem Beitrage für
das Verbandsorgan, eine gerechtere Bemessung
desselben am Plage sei und wir freuen uns
besonders dieses Beschlusses. Die „A.“ wird
fürderhin sich durch die Mehreinnahme von
1,00 M. pro Jahr und Mitglied auf eigene
Beine stellen können und keinen Zuschuß aus
den Verbandsbeiträgen bedürfen. Die „A.“
wird hoffentlich dadurch auch in allem Uebrigen
allen Mitgliedern „theurer“ werden.

Wenn durch die obigen Beschlüsse eine kleine
Mehrbelastung gesehen wird, die Erhöhung der
örtlichen Fonds von 5 auf 8 pSt. ist dem-
gegenüber auch schon ein Äquivalent.

Im Beihilfefond, dem wir als lang-
jähriger Angehöriger desselben naturgemäß ein
Wetterbestehen und bessere Verhältnisse
wünschen, sind auch einige Änderungen be-
schlossen worden, denen die in dieser Nummer
vom Vorstande angeordnete Mitgliederabstim-
mung jedenfalls die Zustimmung giebt. Die
Karenzzeit ist von 18 auf 26 Wochen erhöht
worden, weiter kann der Eintritt bis zum
35. Jahre ohne die bisher vorgeschriebene ärzt-
liche Untersuchung erfolgen. Jemand ein Ver-
such mußte wohl oder übel gemacht werden,
wenn der drohende Bankrott dieser gewiß
segensreichen Institution aufgehalten werden
sollte.

Es liegt nun an uns und unseren Genossen,
recht rührig für den Eintritt in den Beihilfe-
fond zu agitieren. Wir stehen von jeher auf
dem Standpunkt, daß man nicht früh genug
daran denken und dafür sorgen soll, sich gegen
Krankheit im Interesse seiner selbst und be-
sonders seiner Familie, so weit als möglich zu
versichern. Das muß man schon als kern-
gesunder Mensch, der auch trotzdem einmal krank
werden kann, thun, wie viel mehr aber müßten
nicht Arbeiter eines Berufes daran denken, dies
allgemein zu thun, in welchen die Lungen-
krankheiten solche Opfer fordern, wie in der
Porzellinerie es der Fall ist? Also, hinein in
den Beihilfefond, Porzelliner, jetzt, wo eine
Bestimmung gefallen ist, an der sich so mancher
gestoßen haben soll.

Das Schiedsgericht, es ist nicht mehr;
wir waren ja kein grundsätzlicher Gegner einer
solchen Beschwerdeinstanz, aber nach all den dis-
harmonischen Vorkommnissen zwischen Schieds-
gericht und Vorstand die Jahre her, mag diese
Einrichtung mit Recht der Geschichte angehören.
Oberhausen, und sicher auch Gen. Kleinwächter,
werden ihm keine Thränen nachweinen, noch
würde ein anderer Ort danach gezeigt haben,
Sitz des (nun seligen) Schiedsgerichts zu sein.

Die neuerrichtete „Beschwerdekom-

mission“, zu der wir die Genossen in Akenau
gratulieren, wird jedenfalls leichter arbeiten
können und hoffentlich wird sie gar nicht mit
der Verbandsleitung „in die Haare“ gerathen,
da ja die Generalversammlung an der Hand
der gemachten Erfahrungen die Funktionen der
Beschwerdekommission in genügender Weise be-
grenzt hat.

Die „Gauereintheilung“ ist, wie wir nicht
anders erwarteten, abgelehnt worden. Es ist
doch, außer unserer jenseitigen „traurigen“
Anmerkung zu dem Laborat des Gen. M.
sicher wenig von uns in der Öffentlichkeit
gegen diese Neuerung geschrieben worden und
auch der Vorstand hat sich u. G. sehr neutral
zu der Sache verhalten. Obige Anmerkung
war ja aber mehr persönlicher Natur, es ging
eben nicht anders; aber wenn die Voraus-
setzungen zum Erfolge mit dieser Neueinrichtung,
die ja doch kein kleines Stück Geld erfordert
hätte, vorhanden gewesen wären, dann würden
die Delegirten sicher auch eher dafür zu haben
gewesen sein. So aber konnte man schon am
ersten Tage des Zusammenseins die Ablehnung
gut prophezeien.

Die Anhänger der Gauereintheilung, die sicher
nur auch das Beste der Organisation wollen,
werden ohne Weiteres, auch ohne daß ihr Pro-
jekt zur Thatsache wurde, weiter in bisheriger
Weise agitieren und sie werden günstigere Zeiten
für die Realisirung des Planes abwarten
müssen. Dann werden auch die bisherigen
Gegner ihnen helfen.

Es waren vorbesprochene Punkte unstreitig
die wichtigsten, womit natürlich nicht gesagt
sein soll, daß die anderen Punkte ohne Be-
deutung seien; so z. B. den Arbeitsnach-
weis betreffend.

So lange die Organisation nicht größeren
Mitgliederbestand aufweist, ist die Schaffung
einer solchen Einrichtung undurchführbar und
läme nur den Unorganisirten zu Gute. Eine
angenommene Resolution besagt, daß der Vor-
stand sich eingehend mit der heiklen Frage be-
schäftigen und den Zahlstellen event. Vorschläge
machen soll, wie ein Lokalarbeitsnachweis ein-
geführt werden kann. Als außerordentlicher
Mißstand wurde auch diesmal von den Dele-
gирten empfunden und dem Ausdruck gegeben,
daß durch die verlangten Nachweise über Ar-
beitsbemühungen den Unternehmern ganze Berge
von Arbeitsangeboten zugehen, und sie diese
Reserven zur Herabdrückung der Arbeitsver-
hältnisse benutzen.

Uns dünkt, daß ein Vorschlag des Gen.
Kleinwächter, Arbeitsangebote statt an den
Unternehmer, an Orten wo eine Zahlstelle ist,
an deren Verwaltung zu richten, zu wenig Be-
achtung gefunden hat. Durch Schluß der Dis-
kussion wurden wir verhindert, hierzu sich zu
äußern. Sicherlich weiß eine Zahlstellenver-
waltung, ob am Orte Arbeitskräfte gebraucht
werden oder nicht und wenn alle unsere Mit-
glieder nur an dieser Stelle anfragen, könnte
der Unternehmer nicht allzu dick thun mit dem
„Berg von Angeboten“. Und ein Stück von
einem Lokalarbeitsnachweis wäre damit viel-
leicht geschaffen.

Daß dem Werkmeisterverband ange-
hörende Mitglieder unseres Verbandes letzterem
nicht mehr angehören dürfen (oder ersterem)
war eine Frage, die endlich einmal klar er-
ledigt werden mußte und zwar wie es ge-
schehen ist. Wir zweifeln nicht daran, daß
noch eine, wenn auch kleine Anzahl solcher
zweierlei gefärbter „Berufsgenossen“ bis jetzt
unter uns sind, sie haben sich nun zu ent-
scheiden, wo sie hingehören. Es wäre noch
manches herauszuschälen, doch wollen wir für
heute Schluß machen.

Auch nach dieser Generalversammlung bleibt
die Hauptsache die, daß nun mit allen Kräften

versucht wird, der Organisation neue Mit-
streiter zu gewinnen, sie dadurch stärker zu
machen.

Die innere Festigkeit zu pflegen, ist nicht
minder nothwendig und wenn alle Funktionäre,
sowie jedes einzelne Mitglied sich in seinen
Handlungen nur von dem Interesse für die
Organisation leiten läßt, so dürfen wir hoffen,
Erfolge zu erzielen. — Wenn nun auch etwaige
Kritik an den gefassten Beschlüssen öffentlich
einsetzen sollte, wir ersuchen zum Schluß die
Verbandsgenossen: thut es in einer Form,
die unser Organ nicht zum Tummelplatz für
gewöhnliche oder gar außergewöhnliche Anwürfe
macht, wie wir in den Vorjahren leider er-
fahren mußten. Selbstverständlich werden wir
uns gestatten, andernfalls event. „regulirend“
einzugreifen.

Anträge zum Vierten Deutschen Gewerkschaftskongress.

(Schluß.)

Vorstand des Verbandes der Graveure:
Der Kongress wolle beschließen: „Um den ein-
zelnen Zentralorganisationen die unbedingt
nothwendige Kontrolle über die Berufskollegen
zu geben, sind alle Gewerkschaftsorganisationen
verpflichtet, die sich zum Eintritt Meldenden,
für welche eine Zentralberufsorganisation be-
steht, abzulehnen und der zuständigen Zentral-
organisationen zu überweisen. Das Gleiche
gilt auch für die bisherigen Mitglieder.“

Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle
Berlin und München): Die Resolution Basse
(Seite 211, Protokoll der Verhandlungen des
3. Gewerkschaftskongresses) ist aufzuheben.

Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle
München): Der Gewerkschaftskongress möge
beschließen: „Die Lokal- und Branchen-Zentral-
verbände werden angewiesen, sich den Industrie-
verbänden anzuschließen, resp. sich zu solchen
zu verschmelzen. Die Generalkommission wird
beauftragt, im Sinne dieses Beschlusses vor-
zugehen.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle
Geesthacht und Zahlstelle Schweinfurt): Der
Kongress wolle beschließen, „daß die Verbände
der ungelerten Arbeiter sich zu einem Zen-
tralverband zusammenschließen sollen.“

Vorstand des Verbandes der Gutmacher:
Der Kongress wolle beschließen: „Von Mit-
gliedern, welche infolge Berufswechsel ordnungs-
gemäß aus ihrer bisherigen Organisation aus-
scheiden und einer anderen Organisation be-
itreten, darf kein Eintrittsgeld erhoben werden.
Jede durch die Generalkommission vertretene
Gewerkschaftsorganisation hat einen diesbezüg-
lichen Passus in ihren Satzungen aufzunehmen.“

Holzarbeiterverband (Zahlstelle Guben): Der
Kongress ersucht die Gewerkschaften, zu be-
schließen, daß bei einem Berufswechsel der
Uebertritt in eine für den neuen Beruf existirende,
auf dem Boden der modernen Arbeiterbewe-
gung stehende Organisation, ohne Erheben von
Eintrittsgeld erfolgt und daß die Jahre der
Zugehörigkeit zur ersteren Organisation beim
Uebertritt in die letztere angerechnet werden,
da sonst die Mitglieder der durch die Länge
der Zeit erworbenen Rechte ohne jede Gegen-
leistung verlustig gehen.“

Holzarbeiterverband (Zahlstelle Wilhelms-
haven): Der Kongress beschließt: „Mitgliedern
einer Organisation ist es bei eventuellem Be-
rufswechsel gestattet, in die Organisation des
neuen Berufes mit den in der Organisation
des alten Berufes erworbenen Rechten über-
zutreten, sofern sie ihren Pflichten in der alten
Organisation genügt haben.“

Verband der Buchbinder (Zahlstelle Ham-
burg): Der Gewerkschaftskongress wolle be-

interessent und verurteilt dies auf das Entschiedenste. Ferner hofft die heutige Versammlung, daß die letzte General-Versammlung zum Wohle unserer Organisation beitragen werde“.

Berlin II. Am 16. d. Mts. fand eine außerordentliche Zahlstellen-Versammlung statt, in welcher zuerst der Kassirer den Bericht für das 1. Quartal gab. Mitglieder zählt die Zahlstelle 140, mit den Einzelmitgliedern 498. Im Verband war eine Einnahme von 1940,13 Mark und eine Ausgabe von 1912,09 Mark. Darunter für Arbeitslosenunterstützung 1407,46 Mark, für Arbeitsnachweis 26,45 Mark. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassirer Johann Decharge ertheilt. Es erhielt nun der Kollege Reich das Wort zu seinem Bericht. Er führte aus, daß der Geist der General-Versammlung ein sehr guter gewesen sei und wies auf die Geschäftsberichte des Vorstandes und der Beamten hin, welche durch die Vermögensskala und die Zwangskasse mit dem Schiedsgericht beeinflusst, zum Teil etwas kurz waren. Er erwähnt die verschiedenen Beschlüsse und meint bezüglich der Sanierung, wenn Bey in Rudolfsstadt auf dem Posten gewesen wäre, hätte die Kasse auf Grund der damaligen Beschlüsse nie in diese Schwierigkeit kommen können. In der Vermögensskala hat der Vorstand voll und ganz seine Schuldigkeit getan. Im Streit mit dem Schiedsgericht ist es bezeichnend, daß von 4000 vom Bureau und dem Vorstand erledigten Unterstufungsachen nur 30 Beschwerden dem Schiedsgericht vorlagen. Von diesen seien auch noch 24 Fälle, wo die Beschwerde zurückgewiesen oder dem Vorstand Recht gegeben werden mußte. Das Referat des Gen. Hoffmann war sehr sachlich und sei bisher viel zu wenig für Agitation getan worden. Er hofft, wenn wir nunmehr thätig an die Arbeit der Agitation gehen, die Beschlüsse der General-Versammlung dem Verband zum Nutzen gereichen werden. Kollege Munt ergänzte den Bericht des Kollegen Reich und ist der Ansicht, daß die lange Tagung der General-Versammlung ihre Ursache darin hat, daß meist neue Delegierte gewählt waren, durch welche die Verhandlungen in die Länge gezogen wurden. Er bedauert die Beibehaltung der Prämien. In der Diskussion wurde der Beschluß betreffs der Beamtenversicherung mit denselben Gründen, wie bereits von anderen Zahlstellen veröffentlicht, kritisiert, während einige andere Kollegen darauf hinwiesen, daß es ein rückständiger Standpunkt sei, immer zu sagen, ein anderer Arbeiter, und das seien die Beamten doch auch, bekomme zu viel. Wir sollen uns im Gegenteil Alle bestreben, möglichst hohe Löhne und andere Vergünstigungen zu erreichen. Auch werde im Falle einer jahrelangen Krankheit oder Invaliddität eines Beamten die Kasse wesentlich entlastet. In der Abstimmung wird die Haltung der Delegierten mit großer Majorität gebilligt. Nach Erledigung der Mitglieder-Abstimmung für den Beihilfefond wird beschlossen, den Bericht der Lohnkommission zu vertragen. Die Beschlusfassung über die Neuwahl des Schriftführers, welcher durch seine Wahl ins Bureau nach dem bisherigen Verfahren der Zahlstelle ein Amt in derselben nicht bekleiden darf, wird ebenfalls verlagert. Der Lokalbeitrag der Zahlstelle wird in Hinsicht auf die Erhöhung der Zahlstellenprojekte vom 5 auf 8 pSt. vom 1. Juli ab nicht mehr erhoben. Dem Kollegen Seelmann-Kronach, welcher in einer Arbeitslosenkasse, welche er sich zugezogen hatte, zu 50 Mk. Geldstrafe und über 150 Mk. Kosten verurteilt worden ist, werden 20 Mk. aus dem Fond der Zahlstelle überwiesen. Es wird sodann beschlossen, demnächst mit dem Gesangsverein einen Familienausflug zu unternehmen und soll das Arrangement dem Gesangsverein überlassen werden.

Blankenhain. In der am Sonnabend, den 14. Juni abgehaltenen Versammlung, welche gut besucht war, stand unter Punkt 3 Bericht des Delegierten auf der Tagesordnung. Da derselbe aber nicht erschienen war, so verlas der Vorsitzende verschiedene Generalversammlungsbeschlüsse aus der A. In der darauffolgenden Diskussion wird den meisten Beschlüssen der Generalversammlung zugestimmt und folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Zahlstellenversammlung muß ihr Bedauern ausdrücken, daß trotz Einladung des Delegierten zur Berichterstattung über die verlossene Generalversammlung derselbe nicht erschienen war. Man erwartet doch von den Delegierten, daß er seinen Wählern von den wichtigsten Beschlüssen einen genauen Bericht gibt. Soll man erst warten bis die Protokolle erschienen sind, dann brauchen wir keine Berichterstattung mehr. Ferner schließt sich die Versammlung der Resolution der Zahlstellen Fürstenberg a. M. und Koblau vollständig an, indem wir nicht verstehen, daß gerade bei Sanierung der Kasse der Vorstand noch Anträge stellen kann betreffs Gehaltserhöhung und Pensionsfond.“

Charlottenburg. In der am 14. d. Mts. stattgefundenen Zahlstellen-Versammlung erstattete der Delegierte Gen. Kern den Bericht von der General-Versammlung. In seinen ca. 1 1/2 stündigen Ausführungen legte er dar, daß es eine schwere Arbeit gewesen sei, dem vielen und bedeutungsvollen Material gerecht zu werden. Weiter betonte er, daß auf ihn diese General-Versammlung einen bedeutend besseren Eindruck gemacht hat, als die letzten, da in dieser kein Delegierter mit

Gehässigkeit gegen den Vorstand, sondern nur im Interesse der Organisation gearbeitet habe, infolge dessen habe sich die schwere Arbeit leichter bewältigen lassen. Genosse Kern streifte dann Punkt für Punkt, wie ihn die Generalversammlung verhandelt hat und betonte, daß der Hauptzweck der Generalversammlung die Sanierung der Verbandskasse war, zu welchem viele Anträge vorlagen. Diese wurden von einer Kommission beraten und machte danach die Kommission der Generalversammlung den Vorschlag, die Zwangsversicherung einzuführen, welches wohl auch der beste Ausweg in dieser Sache war. Zu der Bewilligung der Gehaltserhöhung für die Bureaubeamten und der Beitragszahlung zu der event. vom Gewerkschaftskongresse für diese zu schaffende Pensionskasse habe er keine andere Stellung einnehmen können, als dafür zu stimmen, weil seine Grundanschauung zur modernen Arbeiterbewegung ihm diese Stellung eingibt. Zum Schluß giebt er der Hoffnung Ausdruck, daß es schwer ist, All und Jedem recht zu thun, aber jeder Einzelne müßte nun daran mitarbeiten, die inneren Reiben aus der Welt zu schaffen und an der Verbesserung der Berufsverhältnisse mit Hilfe der Organisation zu wirken, dazu gehöre aber die Stärkung der Organisation, was jedes einzelne Mitglied sich zur Pflicht machen müsse. In der Diskussion über den Bericht erklärten sich fast sämtliche Redner mit den Ausführungen einverstanden. Besonders wurde der Punkt Erhöhung des Gehalts und Beitragszahlung zur Pensionskasse für die Beamten erörtert. Hierzu erklärten sich fast sämtliche Redner mit der Stellungnahme des Gen. Kern einverstanden und verurteilten scharf das Vorgehen einzelner Zahlstellen, welche gegen diesen Punkt Stellung nehmen. Die Zahlstellen-Versammlung nimmt infolgedessen folgende Resolution einstimmig an:

„Die heutige Versammlung spricht ihrem Delegierten Gen. Kern für seine Thätigkeit auf der General-Versammlung die vollste Anerkennung aus und erklärt sich mit sämtlichen Beschlüssen der letzten General-Versammlung einverstanden, verpflichtet sich demgemäß, für die Durchführung und Aufrechterhaltung derselben einzutreten.“

Die Mitglieder-Abstimmung über die von der Generalversammlung beschlossenen Änderungen des Reglements für den Beihilfefond, ergab die Annahme derselben. Öffentlich wird nun der Mitgliederbestand des Beihilfefonds sich vergrößern, so daß derselbe widerstandsfähiger wird, als bisher. Hauptächlich liegt es nun an den jüngeren Mitgliedern, daß dieselben sich auch gegen Krankheit versichern, denn Niemand ist davon sicher, auch krank zu werden und dabei Unterstützung in Anspruch nehmen zu müssen.

Dresden. Am 14. Juni tagte eine öffentliche Versammlung im neuen Saal der Dresdener Arbeiter (Volkshaus). Der Vorsitzende Gen. John machte besonders auf diesen Umstand mit entsprechenden Worten die Anwesenden aufmerksam. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete unser Delegierter eingehend Bericht über die wichtigsten Beschlüsse der Generalversammlung. In der darauffolgenden Debatte sprachen sich mehrere Redner gegen die erhöhte Beitragsleistung aus. Besonders aber wandte man sich gegen das Prämien-system und bezeichnete es als Hirsch-Dunkersch, wenn man die Arbeitslosenunterstützung in solcher Weise ausbaue, das Wort Kampforganisation sei sonst mehr betont worden. Gen. John erklärte sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung im Großen und Ganzen einverstanden. Er bezeichnet es als gerecht und konsequent, wenn für so hohe Leistung der Kasse auch die Zwangsversicherung eingeführt werden sei. Nachdem noch Gen. Seebald verschiedenes richtig zu stellen versuchte, kam folgende Resolution zu Abstimmung:

„Die am 14. Juni im „Dresdener Volkshaus“ tagende öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung erklärt sich mit dem Verhalten ihres Delegierten auf der Generalversammlung einverstanden und hofft, daß die auf der Generalversammlung gefassten Beschlüsse zum Segen und Weitergehen der Organisation beitragen möchten. Die Versammelten versprechen den Beschlüssen der Generalversammlung mit allen ihren Kräften Geltung zu verschaffen.“

Diese Resolution wurde mit 78 gegen 6 Stimmen angenommen. Unter Punkt Gewerkschaftliches gab man bekannt, daß sich die Barbiergehilfen eine Organisation geschaffen haben und soll man die in Frage kommenden Geschäfte besonders unterstützen. Darauf erfolgte der Schluß um 1/2 12 Uhr.

Gotha. In der am Sonnabend, den 14. Juni abgehaltenen Monatsversammlung, an welcher 54 Mitglieder teilnahmen, erstattete der Delegierte Kollege Greiner Bericht über die Generalversammlung und führte in klarer Weise den anwesenden Mitgliedern vor Augen, daß er nach bestem Wissen nur im Interesse des Verbandes gehandelt habe. Die Versammlung folgte mit Aufmerksamkeit den Ausführungen Greiners und sind die Anwesenden mit seiner Stellung zu den verschiedenen Anträgen, als auch überhaupt mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden. Nachdem noch einige geschäftliche Punkte erledigt wurden, schloß der Vorsitzende um 9/1 Uhr die Versammlung.

Leinthalvereinen. In der heutigen Zahlstellen-Versammlung wurde nach dem Bericht des Delegierten folgende Resolution gefaßt:

„Die heutige Zahlstellenversammlung nahm mit Interesse den Bericht des Delegierten entgegen. Derselbe wurde vom Gen. Kolb ziemlich eingehend gegeben und war auch die Versammlung mit dessen Thätigkeit im Großen und Ganzen zufrieden. Doch wurde vielfach das Verhalten der Delegierten bei den Abstimmungen getadelt, indem Beschlüsse gefaßt sind, die wieder geeignet sind, die Unzufriedenheit unter den Mitgliedern neu zu schüren. In einer Zeit, wo die Verdienste durch fortwährende Reduzierungen im Niedergange begriffen sind, wo durch gesteigerte Arbeitslosigkeit die Verbandskasse mehr denn je in Anspruch genommen ist, dürften Anträge wie Gehaltserhöhungen und sogar Uebernahme der Versicherungsbeiträge auf die Verbandskasse nicht zur Annahme gelangen. Die Versammlung schließt sich der Resolution Koblau an. Wenn es auch nicht gerne gesehen wird, wenn Kritik geübt wird, so sehen wir darin noch lange nicht eine Schädigung der Verbandskassen wie Koblau. Im Uebriqen beschloß die Versammlung sich eventuell mit der Zahlstelle Koblau in Verbindung zu setzen.“

Reitzenbach. In der am 14. Juni abgehaltenen Monatsversammlung waren 17 Mitglieder erschienen; es wurde bedauert, daß die Mitglieder nicht zahlreicher erschienen waren, da es doch eines jeden Pflicht ist, seine Interessen in der Organisation zu wahren. Unser Delegierte Gen. Weinert erstattete Bericht über die abgehaltene General-Versammlung, und erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen einverstanden. Unter Anderem erklärte sich die hiesige Zahlstelle gegen das Vorgehen der Zahlstelle Fürstenberg a. M. für nicht zuständig. Nachdem der Vorsitzende im Namen der Versammelten dem Gen. Weinert seinen Dank für den Bericht ausgesprochen, wurde die Versammlung geschlossen.

Selt. In der am Sonnabend, den 14. Juni abgehaltenen Monatsversammlung stand als zweiter Punkt „Bericht des Delegierten“ auf der Tagesordnung. Unser Delegierte Brückner erledigte sich seines Berichtes über die Generalversammlung sehr gut und wurde ihm am Schluß der Ausführungen großer Beifall gezollt bezw. von der Versammlung (welche zum ersten Mal von über 100 Mitgliedern besucht war) Demarge ertheilt. Die Versammlung erklärt, daß sie mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden ist, jedoch wurde die Zwangs-Beitragszahlung, wie sie von der Generalversammlung beschlossen wurde, von einigen Mitgliedern nicht gut geheißen, trotzdem die Mitglieder doch, wenn sie mehr bezahlen, mehr Unterstützung bekommen. In der jetzigen Zeit sieht kein Arbeiter, auch wenn er schon lange in einer Firma beschäftigt ist, mehr fest, und dieserhalb sind gerade diese Versicherungsbeiträge, wie sie von der letzten General-Versammlung beschlossen wurden, als richtig für unsern Verband zu nennen. Wegen Versicherung der Beamten wird in der Versammlung keine große Diskussion geführt, aber die Beiträge dazu werden unsere Verbandsbeamten nach der Meinung der Versammlung doch selbst zahlen müssen. Als dritter Punkt war die Differenzangelegenheit von Heinrich u. Ko. auf der Tagesordnung. Es wurde der eble Charakter des Herrn Heinrich in trefflicher Weise von den anwesenden Mitgliedern besprochen und manches Neue kam da noch hinzu, worüber viele Anwesende Auskunft geben konnten und wirklich originelle Geschichten kamen da zu Tage. Die Briefe, die Herr Heinrich an den Hauptvorstand schrieb, ohne Selbiger garricht verantwortlich, und wird mitgeteilt, daß in der Sache noch ein gerichtliches Nachspiel folgen wird. Einige Punkte der Tagesordnung wurden verlagert.

Sirshenventh. In der am 15. Juni abgehaltenen Zahlstellen-Versammlung erstattete der Delegierte Gen. Goller-Weiden seinen Bericht von der General-Versammlung. In seinem fast 2 stündigen Vortrage erörterte er die Thätigkeit der General-Versammlung und wies besonders darauf hin, wie notwendig es erscheint, die Beschlüsse im Interesse der Organisation anzunehmen. Die Versammlung nahm hierauf folgende Resolution an:

„Die heutige Zahlstellen-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Gen. Goller einverstanden und nimmt die Beschlüsse der General-Versammlung an.“

Nachdem dem Delegierten der Dank ausgesprochen wurde, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf unsern Verband.

Untermyhan. Die am 14. Juni stattgefundenen Versammlung war von 19 Mitgliedern und 8 Gästen besucht. Die Tagesordnung war folgende: 1. Bericht vom Gewerkschaftsartikel, hierbei macht Gen. Barthel auf das am 29. Juni stattfindende Gewerkschaftsfest aufmerksam; 2. Abstimmung betreffs des Beihilfefonds, es wird Klage darüber geführt, daß nur 2 Mitglieder der hiesigen Zahlstelle demselben angehören; 3. Verschiedenes, Anregung des Gen. Maywald Sittungsfest betreffend wird bis zur nächsten Versammlung verlagert; 4. Bericht des Gen. Böhm-Eisenberg von der Generalversammlung und Diskussion über diesen Punkt. Redner entledigt sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise und streift u. A. den Unterschied zwischen Vorstand und Schiedsgericht, sowie der jetzigen Beschwerdekommision, ebenso die Abgeleiten der Zahlstellen Fürstenberg a. M. und Magdeburg-Buckau. Weiter macht Redner bei Punkt Agitation auf die Frauen und Hilfsarbeiter aufmerksam, man solle, soweit wie möglich, Werkstubeversammlungen anberaumen. Die auf diese Ausführungen

folgende Diskussion war sehr lebhaft, während derselben befrwortete Gen. Böhm die Resolution Kahla, dieselbe wurde mit 10 gegen 2 Stimmen angenommen, die übrigen Kollegen hatten sich, wahrscheinlich wegen vorgerückter Zeit, entfernt. Hierauf Schluß der Versammlung um 1 Uhr.

Widra. Die am 7. Juni im Vereinslokale von Deterling abgehaltene Zahlstellen-Versammlung war von 43 Mitgliedern besucht. Auf der Tages-Ordnung stand: 1. Bericht des Delegierten von der Generalversammlung; 2. Diskussion; 3. Verschiedenes. Genosse Meyer als Delegierter erstattete eingehenden Bericht über die wichtigsten Beschlüsse der Generalversammlung und wurde ihm der Dank der Versammlung über seine Thätigkeit ausgesprochen. Nach der darauf folgenden Diskussion über die Beschlüsse der Generalversammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute im Saale von Deterling tagende Zahlstellenversammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß bei der jetzigen Krise in unserer Branche, wo so viele unserer Mitglieder auf der Landstraße liegen und nirgends Unterkunft finden und in Anbetracht der schlechten Kasserverhältnisse dem Vorstand an Gehalt zugelegt wird. Auch ist sie entschieden dagegen, daß die Beiträge der Beamten zum Unterstützungsfond aus Verbandsmitteln gezahlt werden.“

Bei Punkt 3 wurde von einigen Genossen auf verschiedene Mängel sanitärer und höchst lebensgefährlicher Art in hiesiger Fabrik hingewiesen und wurde beschlossen, selbigen der Polizei zu melden. Auch wurde sehr beklagt, daß so viele Mitglieder wegen Arbeitsmangel entlassen werden und dafür Desterreicher (Nichtverbandsmitglieder) eingestellt werden, für die genügend Arbeit vorhanden ist. Nach Erledigung einiger nicht in Betracht kommender Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Zell a. S. Abstimmung für den Beihilfefond. Sämtliche von der General-Versammlung gefassten Beschlüsse betreffend Aenderung des Beihilfefonds, wurde von einer außerordentlichen Versammlung der Beihilfefondmitglieder, in welcher 24 Mitglieder anwesend waren, einstimmig angenommen. Ueber jeden Punkt wurde einzeln abgestimmt.

Briefkasten.

Blankenhain. Ich sende soviel Exemplare, wie der Verbandskassirer in dem Expeditionsbuche zu stehen hat. Wenn Sie nun zu wenig erhalten, so bitte demselben dies mitzutheilen und anzugeben, wie viel Sie brauchen. — **A. H.** Sie müssen aber auch schon wissen, daß das, was der Redakteur schreibt (der nicht zum Vorstand gehört) auch keine Artikel vom Vorstand sind. Dessen Äußerungen erscheinen im „Mittheilungen Theil“ und wenn ein einzelnes Vorstandsmitglied schreibt, geschieht das unter seinem Namen oder aber unter einem Pseudonym. In dem Artikel (Nr. 24) habe ich sogar ausdrücklich darauf verwiesen. Ich habe dementsprechend das Wort Vorstand in „Redakteur“ umgewandelt. — **Sohny.** Ihre Karte habe dem Bureau bezw. Gen. Wollmann übergeben. Siehe auch Schluß Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 25 der „Amelise“. Gruß! — **Neuhaldensleben.** Ich danke für die freundliche Uebersendung der „Mittheilungen“ des Selber. — **Ilmonau.** So lange ich kein Material habe, kann ich ja auch nichts über die Sache bringen, also: einverstanden.

Sterbetafel.

Altwasser. Osswald Diebich, Dreher, geb. 18. 6. 1864 zu Seltendorf, gest. 12. 6. 1902 an Lungenerkrankung. Krank 9 Tage. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds.

Berlin II. Paul Schaaf, Dreher, geb. 15. 6. 1876 zu Halle, gest. 7. 6. 1902 im Krankenhaus Leipzig-Plagwitz an Lungenleiden. Krankheitsdauer 32 Wochen. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds.

Tirshenruth. Bernhard Wiesenb, Maler, geb. 23. 9. 1874, gest. 13. 6. 1902 an Luftröhrenschwind sucht. Letzte Krankheitsdauer 1 Jahr 6 Monate. Mitglied des Verbandes.

Vegesack. Fritz Tepele mann, Dreher, geb. den 22. Mai 1852 zu Numund, gest. den 30. Mai 1902 in Begesack an chronischem Lungen- und Magenleiden. Krankheitsdauer 7 Monate.

Waldsassen. Johann Gruber, Porzellan-dreher, geb. 5. Juni 1874, gest. 31. Mai 1902 an Blutergerkung. Krankheitsdauer 9 Tage.

Ehre Ihrem Andenken!

Adressen-Nachtrag.

Mannhelm. Schriftf.: Wilhelm Frank, Maler, Schwegingerstr. 159 I.

Sorgau. Kassirer: Richard Schlegelmilch, Kolonie Sandberg, Post Altwasser.

Schönwald. Belf.: Adolf Meier, Maler.

Uhlstädt. Schriftf.: Christoph Schmitt, Maler. Vertrauensmann: Franz Schwelger, Dreher.

Versammlungskalender.

Berlin-Charlottenburg. Vorstandssitzung, Dienstag, 1. Juli, Abends 8 Uhr bei Fischbach, Marchstraße 24.

Altwasser. Sonnabend, 28. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Besprechung über Arbeitsverhältnisse am Ort. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.

Arzberg. Sonnabend, 5. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Wir bitten, zahlreich zu erscheinen.

Berlin II. Sonnabend, 28. Juni, Abends 8 Uhr bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. Geschäftliches. Wahl eines Schriftführers. Bericht der Kommission. Verschiedenes.

Burggrub. Sonnabend, 28. Juli im Vereinslokal. Erscheinen aller dringend notwendig.

Frankfurt a. D. Sonnabend, 5. Juli im Vereinslokal „Akademische Bierhalle“.

Gera. Sonnabend, 28. Juni im Vereinslokal.

Geschwend. Sonnabend, 28. Juni, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal.

Gräfenroda. Sonntag, 29. Juni, Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. Beitragzahlen. Verschiedenes. Alle Mitglieder haben unbedingt zu erscheinen.

Ilmenau. Sonnabend, 5. Juli, Abends 8 1/2 Uhr im „Erbsprinzen“.

Ilmenau. Sonnabend, 5. Juli, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Laut Beschluß wird die Versammlung pünktlich eröffnet und haben die Mitglieder demnach pünktlich zu erscheinen.

Neuhau. Sonntag, 29. Juni im „Thüringer Hof“. Besonders wichtige Tagesordnung, deshalb alle Mitglieder erscheinen.

Neustadt. Montag, 7. Juli, Abends 8 1/2 Uhr im „Bergschlößchen“. Es liegt wichtige Tagesordnung vor, alle Kollegen wollen erscheinen.

Nürnberg. Sonnabend, 28. Juli im „Felsenkeller“, Ecke Felsen- und Fabrikstr.

Oberhausen. Sonnabend, 28. Juni, Abends 7 Uhr im Vereinslokal.

Scharza (Saalbau). Sonnabend, 5. Juli, Abends 1/9 Uhr im Vereinslokal. Quartalsabschluss.

Tirschenreuth. Mittwoch, 2. Juli im Dalksaal. Erscheinen aller notwendig.

Waldenburg. Die Versammlungen der Zahlstellen finden bis Schluß d. J. am 12. Juli, 9. August, 13. September, 11. Oktober, 8. November, 13. Dezember, also jeden zweiten Sonnabend im Monat, statt.

Zella a. S. Sonnabend, den 28. Juni, Abends 1/9 Uhr im Vereinslokal zum „Badschen Hof“. Wichtige Tagesordnung, u. A. die Festlegung der Beitragsskala für den Verband. Alle Mitglieder haben zu erscheinen. Zum Quartalschluß sind sämtliche Reste zu begleichen.

Anzeigen.

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Tappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 80 Pf. **ausgehauft.** Sendungen werden schnell erledigt.

M. Haupt, Dresden-A.
Hammstr. 12.

Emil Böhme

Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen.

Reelle und pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekt. Aeltestes Geschäft dieser Art.

Goldschmiedere

sowie alle goldhaltige Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung

Otto Hamann, Neustadt i. Sachsen.

Eisenberg, Sonntag, den 6. Juli 1902

Ausflug mit Musik

nach **Cautenhain, Zeitzsdorf** über **Bursdorf** zurück. Abmarsch punkt 12 Uhr Mittags.

Die umliegenden Zahlstellen, sowie die Eisenberger Gestossen werden hierzu herzlich eingeladen.

Die Verwaltung.

Goldschmiedere

goldhaltige Tappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Rothemann, Stadtlm, Thür.

Burggrub. Unterstützungsberechtigte hier durchreisende Kollegen können beim Unterzeichnen in der Zeit von 12 bis 1 Uhr Mittags und von 6 bis 7 Uhr Abends Unterstützung erheben.

H. u. G. d. A., Kassirer.

Gräfenroda. Allen durchreisenden Mitgliedern zur Kenntniß, daß ich nur Unterstützung in meiner Wohnung von 11—1 Uhr Mittags und von 7—8 Uhr Abends auszahle.

H. u. G. d. A., Kassirer.

Hausen. In Unterstützung für das kranke Mitglied **Peter Büttner** gingen ein von der Zahlstelle **Rüpp 6 Mk., Roschendorf 10 Mk.** Den beiden Zahlstellen besten Dank.

Anton Gümmer, Kassirer.

Die Kollegen, welche den derzeitigen Aufenthalt der Dreher **Paul Schulz** und **Anton Polarek** wissen resp. diese selbst, wollen hiervon den Kassirer der Zahlstelle **F. Leeß, Jungfernstieg 89, Neuhaldensleben, Mittheilung** machen. Es sollen diese Kollegen in einem Prozeß als Zeugen fungiren.

An die Einzelmitglieder

stelle das Ersuchen, die Beiträge pünktlich zu entrichten und bei Einfindung derselben auf dem Postabschnitt oder auf einer Postkarte den wöchentlichen Verdienst anzugeben, um die Versicherungssumme feststellen zu können.

Bestellungen auf Protokolle von der Generalversammlung ersuche baldigst an mich gelangen zu lassen.

Carl Munk,
Berlin SO., Reichenbergerstr. 28, Hof II.

Arbeitsmarkt.

1 Gießerin u. 3-4 Verputzerinnen

werden von einer kleineren Porzellanfabrik per sofort gesucht. Offerten unter Chiffre **A. A.** an die Redaktion der „Amelise“.

1 tüchtiger Maler,

welcher in **Takor, Blumen** und **Schrift** gut arbeiten und auch Platten stechen und zeitweise den Obermaler vertreten kann, wird bei festem Gehalt gesucht.

So h. U. l., Obermaler,
Remscheid-Güldenwerth 5 E.

Zur Beachtung

für die Organempfänger.

Sehr häufig geht bei mir die Klage ein: „das letzte Mal zu wenig Amelisen erhalten, bitte zu beachten.“ Wenn das z. B. der Fall bei Gräfenroda in voriger Woche war, daß ich bei dem Streifen, worin die kleinere Anzahl Exemplare verpackt waren, versehenlich statt Gräfenroda — Gräfenhain schrieb, diese Sendung wieder zurückkam und nun mit dieswöchentlicher Nummer wegging, so ist das ein Fehler, der vorkommen und entschuldigt werden kann. Aber auch sonst wird öfter geklagt, man habe zu wenig Exemplare erhalten, giebt dabei aber selten an, wie viel man zu wenig erhalten hat.

Ich expedire, wie das schon öfter betont, lediglich die Anzahl Exemplare, die der Verbandskassirer im Expeditionsbuch einzeichnet. Wenn also durch Neuanmeldungen oder durch Zugang die Mitgliederzahl der Zahlstelle vergrößert ist, so muß dies seitens des Zahlstellenkassirers sofort dem Verbandskassirer mitgeteilt werden, dann wird auch die richtige Zahl ein treffen. Selbstverständlich muß man aber auch diesen das mittheilen, wenn weniger Exemplare benötigt werden. Auf ein oder zwei Exemplare mehr, die zur Auslage zc. gebraucht werden, kommt es gewiß nicht an und können die verlangt werden, immerhin aber muß doch im übrigen Ordnung auch bezüglich der Abgabe des Organs herrschen.

R. Jahn,
R. u. G. d. A.